DIALOG
NORD
QUARTIER

QUARTIERKOMMISSION
STADTTEIL 5

Protokoll zur 8. Vereinsversammlung vom 14. Oktober 2026

Ort: Quartierzentrum Bern Nord, Wylerringstrasse 58, 3014 Bern
Beginn: 19.45 Uhr

Leitung: Andreas Abebe (Präsidium, Ref. Kirchgemeinde Bern-Nord)
Protokoll: Vera Stoll (Vorstand)

Teilnehmende: Andreas Abebe (Präsidium, Ref. Kirchgemeinde Bern-Nord), Dieter Aeberhard (Stv. Präsidium, BVP), Res Hofmann (Vorstandsmitglied, SP), Christof Steinmann (Vorstandsmitglied, GB), Martin Zulauf (Vorstandsmitglied, VoLo), Vera Stoll (Vorstandsmitglied, Spielplatz am Schützenweg), Annina Manser (Geschäftsleitung), Thomas Ingold (LBN), Kurt Vetter (BVP), Chantal Wyssmüller (QVK), Ursula Hürzeler (GPB), Ulrich Kriech (ARL), Nina Rindlisbacher (Genossenschaft Feuerwehr Viktoria), Dag Kappes (GLP), Patrick Rüttimann (IG Wankdorf), Romano Manazzo (VLL), Rahel Müller (Gast, VBG), Hansjörg Wenger (Gast), Julienne Blaser (Gast), Anina Zuberbühler (Gast).

Traktanden

1. **Allg. Begrüssung / Panoptikum**

Andreas Abebe begrüsst alle Teilnehmenden und die anwesenden Gäste.

Die Themen, die an der VV im August im Hinblick auf den Besuch von Melanie Mettler erarbeitet wurden, können gerne individuell im Rahmen der Fragerunde eingebracht werden.

Andreas Abebe präsentiert ein Panoptikum in Form von Cartoons zum Thema Wohnen.

2. **Traktandenliste**

Andreas Abebe stellt den Antrag auf Änderung des Traktandum 4 in einen Beschluss.
Dem Antrag wird stattgegeben.

Die Traktandenliste wird *einstimmig* genehmigt.

3. **Protokoll VV vom 19. August 2026**

Das Protokoll wird *einstimmig* genehmigt und verdankt.

4. **Wirtschaftsverkehr Polygonstrasse**

Für die Zufahrt auf Wirtschaftsstrassen wurde ein entsprechendes Konzept ausgearbeitet. Ein erster Versuch einer Wirtschaftsstrasse fand auf der Monbijoubrücke statt. Die Arbeitsgruppe des TVS evaluierte die vorgesehenen Routen und definierte die für den Pilotversuch geeigneten Strassen. Darunter findet sich die Polygonstrasse.
Die geplante Verkehrsführung über die Polygonstrasse wird von der AGV nicht als quartiertauglich eingeschätzt. Kritische Punkte sind die vielen Parkplätze auf der Polygonstrasse, die Führung über die Eisenbahnbrücke sowie enge Kurven. Der Zugangsverkehr würde über die Begegnungszone Lorrainestrasse oder Dammweg führen und auch beim Wylerbad besteht ein Engpass. Zusätzlicher Verkehr würde in die

Lorraine verlagert. Ein Einbezug der Quartierkommission erfolgte nicht; die Informationen wurden dem DIALOG Nordquartier zugetragen.

Nachfrage wie die Einführung von Wirtschaftsverkehr auf der Polygonstrasse mit der Sperrung der Kornhausbrücke in Verbindung stehe und wann was erfolge?
Auf der Kornhausbrücke sei auch das Konzept Wirtschaftsverkehr angedacht.
Als bereits anwesende Gästin ergänzt Gemeinderätin Melanie Mettler, dass die Idee der Sperrung der Kornhausbrücke erst wieder aufgenommen werde, wenn die Nydeggbrücke fertig saniert sei.

Warum Polygonstrasse und nicht Haldenstrasse? Problem ist dasselbe; im Schreiben allenfalls vorwegnehmen, dass Haldenstrasse auch nicht geeignet für den Wirtschaftsverkehr sei.

Mehrere Votanten äusserten ihre Ablehnung gegenüber dem Pilotversuch und zeigten Unverständnis hinsichtlich der Folgen für das Quartier und die Anwohnenden.

Die AGV schlägt vor, die Bedenken zu verschriftlichen, das Schreiben vom Präsidium unterzeichnen zu lassen und rasch möglichst zu verschicken.

Der Antrag wird mit *13 Stimmen, 0 Enthaltungen und 0 Gegenstimmen* angenommen.

5. **Tram Bern - Ostermundigen**

Der Entscheid vom Bundesamt für Verkehr (BAV) ist erfolgt. Es wird nicht auf Einsprache des DIALOG Nordquartier eingegangen. Als Organisation sei der DIALOG Nordquartier nicht legitimiert, gegen das Projekt einzusprechen. Die Einsprachen wurden 2013 und 2021 zusammen mit rund 30 Einzeleinsprechenden gemacht, namentlich mit Anwohnenden der Viktoriastrasse. Im Entscheid wurde verfügt, dass die Einsprachen gegen das Bäumefällen sistiert sei, während dem das Tram bewilligt sei. Die legitimierten Einzeleinsprachen bleiben als Grundlage für eine Beschwerde bestehen.

Die Beschwerdefrist läuft in 14 Tagen ab.

Der Vorstand schlägt vor, betroffene Miteinsprecher:innen über den Entscheid zu informieren und Unterstützung und Informationen zu anbieten. Die Delegierten zeigen sich damit einverstanden.

6. **Besuch Gemeinderätin Melanie Mettler, Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik (FPI)**

Andreas Abebe begrüsst Melanie Mettler und dankt für den Besuch. Melanie Mettler dankt für die Einladung und betont den Wert der Begegnung und dem Austausch mit den Quartierkommissionen.

Themenwunsch Wohnen: Wohnungsnot – oder? Aktueller Stand, Kennzahlen und die Rolle der Stadt Bern (Folien wurden separat versendet).

Die Leerwohnungsziffer in der Stadt Bern ist konstant tief. Gleichzeitig nimmt die durchschnittliche Haushaltsgrösse ab, wobei Einpersonenhaushalte mit 44 % den häufigsten Haushaltstyp darstellen. Der Wohnflächenkonsum ist überproportional zum Bevölkerungswachstum gestiegen, wobei seit 2010 ein leichter Rückgang festzustellen ist. Neubauten nutzen die Wohnfläche zudem oft weniger effizient aufgrund grosszügiger Gemeinschaftsflächen. Die Wohnkosten pro Quadratmeter haben stärker zugenommen als andere wirtschaftliche Kennzahlen. Gemäss der Haushaltsbudgeterhebung des

Bundesamt für Statistik (BFS) bleibt der Anteil der Wohnausgaben am Haushaltsbudget insgesamt zwar relativ stabil, Haushalte mit tieferen Einkommen wenden jedoch häufig mehr als 30 % ihres Budgets für das Wohnen auf.

Melanie Mettler erläutert die Rolle der Stadt Bern und was die Stadt in Bezug auf das Thema Wohnen macht. In der Stadt Bern gibt es rund 80'000 Wohnungen, wovon 15'384 Wohnungen im Stadtteil Breitenrain-Lorraine sind. Die Stadt nimmt über die im Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik verwalteten Grundstücke und Liegenschaften Einfluss auf den Wohnungsmarkt. Zu den wichtigsten Massnahmen zählen die Umsetzung der Wohninitiative seit 2020, die Förderung und Subventionierung von preisgünstigem Wohnraum, der Bau und die Sanierung eigener günstiger Wohnungen, gezielte Liegenschaftskäufe, Mietzinsbeiträge im Rahmen des GüWR (Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien) sowie die rasche Abwicklung von Baubewilligungsverfahren.

In den vergangenen zehn Jahren entstanden in der Stadt Bern rund 4'000 zusätzliche Wohnungen und 600 weitere Mietverhältnisse. Parallel dazu wuchs die Bevölkerung um etwa 8'000 Personen. Dies deutet auf eine Wirkung der wohnungspolitischen Massnahmen und den Ausbau des Wohnungsangebots hin. Zudem stehen künftige Entwicklungen bevor, geplant sind 3000 neue Wohnungen bis 2030, einige Arealentwicklungen erfolgen im Stadtteil V.

Die innere Verdichtung wird von der Stadt Bern als unbestrittenes Ziel angesehen. Sie soll eine effiziente Flächennutzung, hohe Lebensqualität und nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Die bauliche Verdichtung ist im Gange; ihr Erfolg hängt jedoch von der Flächeneffizienz und der erreichten Personendichte ab. Entsprechend sind passende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der Fokus liegt auf der Lebensqualität und nicht auf einer Vergrösserung der Wohnfläche. Gefördert werden sollen innovative Wohnformen und Grundrisse, Wohnbauträger mit Belegungskriterien sowie eine höhere Nutzungsflexibilität. Eine effizientere Nutzung des Wohnraums soll ohne zusätzlichen Preisdruck erreicht werden.

Philipp Iseli ist der neue Abteilungsleiter der Immobilien Stadt Bern (ISB). Die ISB ist für die Bewirtschaftung der städtischen Verwaltungsgebäude, einschliesslich der Schulgebäude, verantwortlich. Zudem vertritt sie die Eigentümerinteressen des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik und ist damit auch für den Bereich Wohnungsbau zuständig. Im Bereich Wohnen arbeitet die ISB zusammen mit Hochbau Stadt Bern (HSB), das Stadtplanungsamt (SPA) sowie die Fachstelle Wohnbauförderung. Eine zentrale Rolle kommt dabei dem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik zu, da sich die entsprechenden Vermögenswerte in diesem Fonds befinden und von ihm gesteuert werden. Der Fonds ist als gemeindeeigenes Unternehmen mit Sonderrechnung organisiert und dient der Umsetzung der städtischen Boden- und Wohnbaupolitik.

Bei Gesamtsanierungen kann die Eingriffstiefe, etwa aufgrund der Erneuerung von Wasserleitungen oder anderer haustechnischer Anlagen, so gross sein, dass Leerkündigungen unumgänglich werden. Für solche Fälle hat die Stadt Bern ein 8-Punkte-Programm, das den Umgang mit den betroffenen Mietparteien regelt und unterstützende Massnahmen vorsieht.

Fragen:

Die Wohnungssuche ist für viele Quartierbewohnende ein wichtiges Thema. Die Quartierarbeit der VBG unterstützt Betroffene dabei. Auf die Frage, ob das 8-Punkte-Programm auch von privaten Eigentümerinnen

und Eigentümern angewendet werden kann, wurde festgehalten, dass es sich um ein internes Programm der ISB handelt. Eine individuelle Begleitung von Betroffenen durch die Verwaltung ist nicht vorgesehen.

Hat die Stadt konkrete Hebel, wenn Leerkündigungen mutmasslich nicht notwendig oder wenn Wille für Alternativangebote bei privaten Eigentümer:innen nicht vorhanden sind?
Es gibt Parlamentarische Vorstösse diesbezüglich. Beispiele aus anderen Städten zeigen aber, dass die öffentliche Hand diese Möglichkeit nicht hat.

Die Kündigungswelle am Loryplatz im Zusammenhang mit einer Gesamtsanierung durch die Allianz Versicherung wird als Negativbeispiel genannt. Eine etappierte Durchführung der Arbeiten wäre hier eine mögliche Alternative gewesen. Angeregt wurde zudem, dass die Politik gegenüber privaten Eigentümer:innen, wie hier die Allianz, auf einen sozialverträglicheren Umgang mit Gesamtsanierungen hinwirken sollte.

Ist die Beteiligung von Fonds an möglichen Leerkündigungen, bspw. Wylerbaugenossenschaft (Hochhäuser) in Planung?
Es gibt eine Liste, in welcher der Fonds über 40 Jahre eine Planung der kommenden Sanierungen führt. Melanie Mettler wird eine Zusammenstellungen machen und nachliefern, welche Liegenschaften des Fonds in den kommenden Jahren saniert werden sowie wo Leerkündigungen in Beteiligungen des Fonds geplant sind.

Prioritäten von finanziellen Investitionen im Quartier: Wie liegen die Priorisierungen, wo soll künftig mehr investiert werden oder wo weniger?
Die Finanzverwaltung ist eine vergleichsweise kleine Abteilung der Stadtverwaltung. Die Budgets werden in den Direktionen erarbeitet, während der Gemeinderat Prioritäten setzt und die Ressourcen steuert. Ziel ist es, die strategische Führung künftig früher in die Erarbeitung der Globalbudgets einzubeziehen. Bestehende Herausforderungen liegen insbesondere in einer teilweise ungenügend langfristigen Planung sowie der Abstimmung von Ressourcen innerhalb der Verwaltung, was zu Lücken in der Umsetzung führt. Zur Verbesserung dieser Prozesse werden derzeit entsprechende Instrumente entwickelt.

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob diese Lücken in der Planung dazu führen, dass soziokulturelle Angebote nicht analog zum Schulraum mitentwickelt werden. Als Beispiel wurden die prognostizierten 750 zusätzlichen Kinder im Stadtteil genannt. Während zusätzlicher Schulraum frühzeitig eingeplant wird, bleiben die Ressourcen der Offenen Arbeit mit Kindern zunächst unverändert. Bis zusätzliche Mittel gesprochen werden, vergehen so oft viele Jahre. Melanie Mettler dankt für den Hinweis und nimmt dies zur Kenntnis.

Mit Bezug auf ein Interview von Melanie Mettler in der Hauptstadt (betreffend Sanierung vom Marzili) wurde nachgefragt, wie Einsparungen bei Sanierungen gemacht werden könnten.
Dies sei nur durch Leistungsreduktionen oder den Verzicht auf einzelne Projektbestandteile möglich. Als mögliche Sparmassnahme wurde bei der Marzili-Sanierung der Verzicht auf den Bootshafen angeführt. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass für den Werterhalt der städtischen Infrastruktur jährlich rund 130 Mio. Franken benötigt würden, während die Finanzierungskraft der Stadt bei etwa 80 Mio. Franken liege. Bereits der Werterhalt könne damit nicht vollständig finanziert werden, auch ohne zusätzliche Neuinvestitionen.

Am Beispiel von Schulraumsanierungen wurde aufgezeigt, dass aufgrund kantonaler Mindestvorgaben und zusätzlicher städtischer Standards der Flächenbedarf pro Klasse gestiegen ist. In der Folge können nach einer Sanierung teilweise weniger Klassen in einem Schulhaus untergebracht werden als zuvor.

Wo sind Mitwirkungsformen früher möglich, ist der Einbezug von Gremien – als Beispiel die Quartierkommission – mitzunehmen in Entscheidungen?
Informationen werden frühzeitig in die Quartierkommissionen eingebracht. In der anschliessenden politischen Entscheidungsfindung greifen die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie. Der bestehende Prozess wird daher von Melanie Mettler als zweckmässig und gut funktionierend beurteilt.

Andreas Abebe dankt für die Diskussion und den Austausch, Melanie Mettler verabschiedet sich.

7. Neuordnung Allmenden, Rückmeldung

Das Positionspapier wurde an der Vereinsversammlung im August beraten und anschliessend eingereicht. Anfang September traf die Antwort des Gemeinderats ein, zudem fand ein Gespräch mit Matthias Aebischer statt. Mitte Oktober reichte der DIALOG Nordquartier seine Stellungnahme an den Gemeinderat und die Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün des Stadtrates (PVS) ein.
Der Vorstand schlägt vor, die Stadtratsmitglieder vom Stadtteil V über den bisherigen Schriftverkehr zu informieren. Die Delegierten stimmen diesem Vorgehen zu.

8. Infos aus dem Vorstand

Willkommensanlass Neuzuzüger:innen am 31. Oktober 2026: 102 Anmeldungen, Informationsmaterial für den Stand bitte schnellstmöglich an die Geschäftsleitung liefern. Interessierte Rundgangsleitende dürfen sich gerne zur Verfügung stellen. Dies wird entschädigt.

Informationen zum Projektstand Reformprojekt: Warten auf Vernehmlassungsbericht, in nächster VV wird über das weitere Vorgehen informiert.

Rechnung 2026 / (Budget 2027): Im Vorstand hat ein Austausch zu den bisherigen Ausgaben stattgefunden, Stand der Abrechnung 2026 sowie erste Überlegungen zum Budget 2027 werden in der nächsten VV dargelegt.

Ein weiteres Stadtteilgespräch findet am 24. November 2026 statt.

9. Infos aus den Arbeitsgruppen (AGV/AGQ/AGK), Jurys, Begleitgruppen und Delegationen

AGV: Kreuzung Scheibenstrasse / Standstrasse Rückmeldung an Verkehrsplanung bzgl. Veloampel.
Der Elternrat Lorraine möchte die Erweiterung der Begegnungszone bis zum Steckgutschulhaus. Als mögliche Schwierigkeit wurde im Vorstand diskutiert, dass dadurch Fussgängerstreifen aufgehoben werden müssten. Der DIALOG Nordquartier wird zunächst weitere Informationen einholen, insbesondere zur Begründung der heutigen Begrenzung der Begegnungszone durch die Verkehrsplanung und danach wieder mit dem EElternrat in Kontakt treten.
Die SP Nord hat einen Vorschlag zur Entsiegelung der Herzogstrasse eingereicht. Vorgesehen ist eine Aufwertung des Bereichs zu einem platzähnlichen Aufenthaltsraum, auch als Reaktion auf wahrgenommene Defizite bei der Neugestaltung des Breitenrainplatzes. Der Vorschlag wird an der nächsten Vereinsversammlung diskutiert. Eine Entwidmung der Strasse scheint aktuell nicht vorgesehen zu sein.

AGK: Die Einladung zur Tavolata soll am Freitag verschickt werden. Delegierte und deren Stellvertretende sind eingeladen. Die Excel-Liste ist auf der Cloud abgelegt, bitte raschmöglist mit potentiellen Gästen ergänzen.

Varia

BVP: **Thema Entsiegelungen** wird aktuell diskutiert. Falls aus anderen Gebieten aus dem Quartier Entsiegelungen angedacht sind, möchte der DIALOG Nordquartier das gerne sammeln um allenfalls gemeinsam in Verwaltung einzubringen.

IG Wankdorf: nimmt Aufruf bzgl. Entsiegelung gerne entgegen. Ecke Melchtal / Attinghausenstrasse wird die Durchführung ab Januar 2027 erfolgen.
Illegale Entsorgung von Abfall ist ein Thema, Plakate zur illegalen Entsorgung sollen von der Stadt bald aufgestellt werden. Allenfalls wird ein Beitrag diesbezüglich im Quartieranzeiger geplant.

Genossenschaft Feuerwehr Viktoria: **Am 20.11.2026 wird der Saalbau verschoben**, es gibt ein Anlass rundherum, auf der Webseite sind alle Informationen, alle sind herzlich dazu eingeladen.

Die Sitzung schliesst um 21:56 Uhr.



Andreas Abebe, Präsidium
Sitzungsleitung



Vera Stoll, Vorstandsmitglied
Protokoll